



## **Positionspapier des Arbeitslosenverbandes Deutschland e.V. zu den Formen des politischen Widerstandes**

Der fortgesetzte Abbau der sozialen Standards in unserer Gesellschaft ist zur unbestreitbaren Tatsache geworden. Für die Regierenden ist keine Begründung zu dumm, um eine unverhohlene Umverteilung zugunsten des Großkapitals und auf Kosten des Sozialstaates vorzunehmen. Das heißt, unter dem Deckmantel der Globalisierung und mit blindem Aktionismus stellen sie den sozialen Ausgleich und Frieden in Frage. Daraus folgt bei den davon Betroffenen zunehmend erst Resignation, dann Verzweiflung, später Wut und Hass. So werden leichtfertig die politischen Grundlagen der freiheitlich demokratischen Ordnung in unserem Land gefährdet.

Der ALVD hält den Widerstand gegen diese Politik, eine Politik des ständigen Sozialabbaus, für unverzichtbaren Bestandteil seines satzungsgemäßen Handelns. Er setzt mit diesem Widerstand die in der Satzung festgeschriebene „sozialpolitische Interessenvertretung“ von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Personen sowie von anderen sozial benachteiligten oder durch Armut hilfebedürftigen Menschen, einschließlich von Kindern und Jugendlichen in die Praxis um.

Wir unterstützen und beteiligen uns an folgenden Formen des Widerstandes gegen Sozialabbau:

- Beratung der Betroffenen bei Widersprüchen, Einsprüchen und Klagen vor den entsprechenden Sozialgerichten
- Unterstützung bei der Ausschöpfung aller zustehenden rechtlichen Mittel
- Teilnahme an friedlichen Demonstrationen gegen Sozialabbau
- Organisation und Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen über Gründe und Folgen von Sozialabbau
- Teilnahme am politischen Meinungsbildungsprozess

Der ALVD unterstützt keine gesetzwidrigen Widerstandsformen, bei denen insbesondere:

- das Leben und die Gesundheit von Menschen gefährdet werden
- die Arbeitsfähigkeit öffentlicher Einrichtungen erheblich eingeschränkt wird
- die Arbeitsfähigkeit öffentlicher Unternehmen beeinträchtigt wird

Auf der Grundlage dieser Positionen bringt sich der ALVD in den öffentlich geführten Meinungsbildungsprozess ein.

Sollte der Staat seine mit dem Sozialabbau gleichlaufende Repressionspolitik gegenüber den sozial Benachteiligten weiter ausbauen, ist auch über andere Widerstandsformen nachzudenken.